
Die Analyse einzelner Parteien

Oskar Niedermayer

Die Parteienforschung beschäftigt sich sowohl mit einzelnen Parteien als auch mit Parteiensystemen, d.h. sie betrachtet zwei unterschiedliche Analyseebenen, die im Rahmen dieses Handbuchs auch getrennt behandelt werden. In der deutschen Literatur herrscht jedoch Begriffsverwirrung darüber, welche Ebene unter welchem Titel analysiert wird. Zum einen beschäftigen sich einführende Monographien, Sammelbände oder Kurzdarstellungen zum deutschen „Parteiensystem“ ausschließlich (vgl. Lösche 2006 und Nicolauß 2002) oder ganz überwiegend (vgl. Kaack/Roth 1980 und Zehetmair 2004) mit den einzelnen Parteien oder sie nehmen sowohl die Einzelparteien- als auch die Parteiensystemebene in den Blick (vgl. von Alemann 2010 und Kaack 1971). Zum anderen gehen Überblicksdarstellungen über die „Parteien“ der Bundesrepublik auch auf die Systemebene ein (vgl. Decker/Neu 2013, Mintzel/Oberreuter 1992, Oberreuter et al. 2000, Stöss 1983 und Wiesendahl 2006; international vergleichend: von Beyme 2000). Manche Sammelbände zu „Parteien und Parteiensystem“ widmen sich ausschließlich den einzelnen Parteien (vgl. Woyke 2003)¹, während andere Einführungen in beide Analyseebenen dies im Titel auch deutlich machen (vgl. Decker 2011, Jesse 1990 und Jun 2004; aus international vergleichender Sicht vgl. auch Detterbeck 2011) oder mit dem Oberbegriff der Parteien-demokratie arbeiten (vgl. Gabriel/Niedermayer/Stöss 2002).

Das folgende Kapitel nimmt ausschließlich die Analyseebene der Einzelparteien in den Blick. Zunächst werden die unterschiedlichen Ansätze zur Definition des Untersuchungsgegenstandes ‚Partei‘ dargestellt und die Entstehung sowie der ‚Lebenszyklus‘ von

1 Exemplarisch zeigt sich diese Begriffsverwirrung in einer Publikation, die sich mit den Einzelparteien und dem Parteiensystem beschäftigt. Sie ist zunächst (als Heft einer Reihe) unter dem zutreffenden Titel „Parteien – Parteiensystem – Parteienforschung“ erschienen (Anderßen 2009a) und dann als Buchpublikation unter dem Titel „Parteien in Deutschland“ (Anderßen 2009b).

Parteien diskutiert. Danach wird ein allgemeines Analyseraster vorgestellt, das versucht, alle relevanten Aspekte der Analyse einzelner Parteien zu integrieren.

1 Parteidefinitionen

Obwohl Parteien seit dem 19. Jahrhundert zentrale Akteure des politischen Systems darstellen, existiert bis heute keine in der Parteienforschung allgemein anerkannte Parteiendefinition.² Die Vielzahl der Begriffsbestimmungen lässt sich in machterwerbsbezogene, inhaltsbezogene und funktionsbezogene Definitionen gliedern.

Machterwerbsbezogene Definitionen bestimmen den Untersuchungsgegenstand über das Merkmal des Machterwerbswillens, wobei meist noch das Merkmal der Organisiertheit hinzukommt. Die prägnanteste Parteiendefinition aus diesem Bereich ist die von Schattschneider (1942: 35): „A political party is first of all an organized attempt to get power“. In dieser Definition wird weder darauf eingegangen, was unter Macht zu verstehen ist, noch auf welchem Wege eine Partei zur Macht gelangt, auch wenn aus dem Kontext hervorgeht, dass Schattschneider auf den Wettbewerb um die Kontrolle der Regierung abstellt. Explizit wird die Wettbewerbskomponente bei Schumpeter (1942: 283) angesprochen: „a party is a group whose members propose to act in concert in the competitive struggle for political power“. Auch für von Beyme (1987: 118) sind Parteien „gesellschaftliche Organisationen, die bei Wahlen miteinander konkurrieren, um einen Anteil an der Macht zu erhalten.“ Janda (1980: 3) verdeutlicht, dass es um die Besetzung von Regierungspositionen geht, wenn er eine Partei definiert als „organization, that pursues a goal of placing its avowed representatives in government positions“, und Downs (1957: 24) stellt explizit darauf ab, dass dieses Ziel auf legale Weise erreicht werden soll: „a political party is a coalition of men seeking to control the governing apparatus by legal means“. Verbunden wird beides durch die Definition Schlesingers (1985: 1153): „A political party is a group organized to gain control of government in the name of the group by winning election to public office“.

Während alle bisherigen Definitionen die Organisiertheit als weiteres Merkmal von Parteien ansehen, versteht Sartori (1976: 64) unter einer Partei „any political group that presents at elections, and is capable of placing through elections, candidates for public office“, wobei er das Organisationserfordernis durch die Erfordernis ersetzt, dass „the group in question be effective and cohesive enough (if only on a spontaneous, election by election, organizationless basis) to have some of its candidates elected“. Epstein (1967: 9) sieht dies ebenso, wobei er den Parteibegriff nicht wie Sartori auf erfolgreiche Gruppen, deren Kandidaten auch tatsächlich gewählt werden, eingrenzt. Für ihn ist eine Partei „any group, however loosely organized, seeking to elect governmental office holders under a given label“.

2 Zur Analyse von Parteidefinitionen vgl. z.B. Niedermayer 2007, Stöss (1983: 19-144) und White 2006.

Der Wille zum Erwerb bzw. Erhalt politischer Macht kann mit sehr unterschiedlichen Zielsetzungen verbunden sein, die vom Streben nach individuellen materiellen Vorteilen bis zur Orientierung am Gemeinwohl reichen. Dies wird schon bei Max Weber (1922, zit. n. Weber 1976: 167) deutlich: „Parteien sollen heißen auf (formal) freier Werbung beruhende Vergesellschaftungen mit dem Zweck, ihren Leitern innerhalb eines Verbandes Macht und ihren aktiven Teilnehmern dadurch (ideelle oder materielle) Chancen (der Durchsetzung von sachlichen Zielen oder der Erlangung von persönlichen Vorteilen oder beides) zuzuwenden“. Während vor allem die amerikanische Parteienforschung die mit dem Machterwerb verbundenen Zielsetzungen offen lässt, herrscht in der europäischen Forschung „weitgehend Konsens darüber, dass Parteien bei ihrem Machtstreben ... die Verwirklichung politischer Zielvorstellungen anstreben“ (Wiesendahl 2006: 6), sodass der Parteiendefinition eine inhaltliche Komponente hinzugefügt wird oder Parteien sogar nur über ihre politischen Zielvorstellungen definiert werden.

Inhaltliche Parteidefinitionen definieren Parteien als Zusammenschlüsse gleichgesinnter Bürger, die sich die Durchsetzung gemeinsamer politischer Vorstellungen zum Ziel gesetzt haben. Verbunden werden Machterwerbsstreben und politische Inhalte in der Definition von Hennessy (1968: 1): „Political parties ... are social organizations that attempt to influence (1) the selection and tenure of the personnel of government by putting forward candidates for elective office, (2) the policies of government according to some general principles or proclivities upon which most of their members agree“. In der deutschen Forschung wird dies in einer Reihe von Definitionen deutlich: Niclaß (2002: 12) bezeichnet Parteien als „dauerhafte Vereinigungen von Bürgern ..., die bestrebt sind, auf dem Weg über Wahlen die politisch ausschlaggebenden Positionen des Staates mit ihrer Führungsgarnitur zu besetzen, um ihre Vorstellungen zur Lösung der anstehenden Probleme zu verwirklichen“. Für Decker (2011: 10) sind Parteien durch drei Begriffsmerkmale gekennzeichnet: „Es handelt sich um einen mehr oder weniger fest gefügten (= organisierten) Personenverband; diese Personen vertreten gemeinsame politische Ansichten und Interessen; ihr Ziel ist die Beteiligung an der staatlichen Herrschaft (= Erringung von Regierungsmacht)“. Die gleichen Merkmale stellen Detterbeck (2011: 15 ff.) und Lösche (1994: 13) heraus, deren Parteidefinition „eine organisatorische, eine programmatistische und eine elektorale Komponente haben. Stöss (1983: 37) bezieht die marxistische Parteienliteratur mit ein, in der „Herrschaft zugleich in ihrer ökonomisch-sozialen, politisch-juristischen und ideologisch-kulturellen Ausprägung analysiert“ wird. Für ihn sind Parteien daher „organisatorische Zusammenschlüsse von sozial und/oder interessenmäßig und/oder durch gemeinsame politische Ziele verbundenen Teilen des Volkes (auf der Grundlage eines Programms)“, die danach streben, „die Ausübung von staatlicher Macht bzw. ökonomischer und außerökonomischer Herrschaft in ihrem Sinne zu gestalten“ (ebd.: 41).

Als früheste, allein auf den inhaltlichen Aspekt begrenzte Definition wird immer wieder die Auffassung von Edmund Burke (1770, zit. n. Langford 1981: 317) herangezogen. Für Burke ist eine Partei „a body of men united, for promoting by their joint endeavors the national interest, upon some particular principle in which they all agreed“. Ähnlich

definiert Bergsträsser (1921, zit. n. Bergsträsser 1965: 13 f.) eine Partei als „Gruppe von Bürgern“, die „durch ihren Zusammenschluss bestimmte politische Ziele erreichen wollen“, gleichzeitig eine „politische Gesamtauffassung vertreten“ und durch eine „organisatorische Festigkeit“ ausgezeichnet sind. In der neueren deutschen Parteienforschung gehört z.B. Schultzes (2007: 384) Definition der Partei als „eine Gruppe gleichgesinnter Bürger, die sich die Durchsetzung gemeinsamer politischer Vorstellungen zum Ziel gesetzt haben“, zu dieser Kategorie. Da in den rein inhaltlichen Parteideinitionen nicht angesprochen wird, auf welche Art und Weise die inhaltlichen Zielsetzungen erreicht werden sollen, besteht bei diesen Definitionen ein Problem der Abgrenzung von Parteien und Verbänden, da letztere ja auch Zusammenschlüsse sind, die bestimmte – auch politische – Ziele erreichen wollen.

Funktionsbezogene Parteideinitionen setzen bei den zentralen Aufgaben an, die den Parteien im Rahmen des politischen Systems zukommen. Da es jedoch keinen allgemein akzeptierten Funktionskatalog gibt³, herrscht auch hier Uneinigkeit über die Begriffsbestimmung. Für Crotty (1970: 294) z.B. ist eine Partei „a formally organized group that performs the functions of educating the public ... that recruits and promotes individuals for public office, and that provides a comprehensive linkage function between the public and governmental decision makers“. Die bekannteste funktionsbezogene Parteideinition in der deutschen Parteienforschung definiert Parteien als „auf Dauer angelegte, freiwillige Organisationen, die politische Partizipation für Wähler und Mitglieder anbieten, diese in politische Entscheidungen transformieren, indem sie politisches Personal selektieren, was wiederum zur politischen Integration und zur Sozialisation beiträgt und zur Selbstregulation führen kann, um damit die gesamte Legitimation des politischen Systems zu befördern“ (von Alemann 2010: 11).

In der Legaldefinition des deutschen Parteiengesetzes lassen sich machterwerbsbezogene, inhaltsbezogene und funktionsbezogene Definitionsmerkmale erkennen, wenn auch machterwerbsbezogene Kriterien im Vordergrund stehen: Parteien sind nach §2 Abs. 1 PartG „Vereinigungen von Bürgern, die dauernd oder für längere Zeit für den Bereich des Bundes oder eines Landes auf die politische Willensbildung Einfluss nehmen und an der Vertretung des Volkes im Deutschen Bundestag oder einem Landtag mitwirken wollen, wenn sie nach dem Gesamtbild der tatsächlichen Verhältnisse, insbesondere nach Umfang und Festigkeit ihrer Organisation, nach der Zahl ihrer Mitglieder und nach ihrem Hervortreten in der Öffentlichkeit eine ausreichende Gewähr für die Ernsthaftigkeit dieser Zielsetzung bieten“. Parteien sind demnach dauerhaft organisierte Zusammenschlüsse natürlicher Personen, die ernsthaft den Willen zur Einflussnahme auf die politische Willensbildung und zur Mitwirkung an der politischen Repräsentation des Volkes zumindest auf Landesebene erkennen lassen, wobei an die Ernsthaftigkeit dieser Absicht nicht allzu strenge Maßstäbe angelegt werden. Die den Parteien zugeschriebene Funktion der Einflussnahme auf die politische Willensbildung der Bürger kann nur über die Vermittlung politischer Inhalte erfolgen, über deren Art jedoch in der Parteideinition nichts ausgesagt wird. Somit spielt z.B. die Verfassungsmäßigkeit der Ziele bei der Einstufung als Partei keine Rolle.

3 Vgl. das Kapitel zu den Parteifunktionen und -typologien von Uwe Jun in diesem Band.

Nicht als Parteien angesehen werden durch diese Legaldefinition diejenigen politischen Vereinigungen, die nur auf der kommunalen Ebene existieren. In der Parteienforschung zählt man sie jedoch ganz überwiegend zu den Parteien (vgl. z.B. Morlok/Poguntke/Walther 2012). Ein weiterer Unterschied zwischen der deutschen Legaldefinition und den Definitionen in der Parteienforschung besteht darin, dass einer Vereinigung die Parteieigenschaft schon im Vorfeld einer Wahl zuerkannt wird, wenn der Bundes- bzw. die Landeswahlausschüsse die obigen Bedingungen als erfüllt ansehen. Damit wird sie zur jeweiligen Wahl zugelassen. Ob die Partei jedoch tatsächlich an der Wahl teilnimmt, hängt bei neuen Parteien davon ab, dass sie die notwendigen Unterstützungsunterschriften von Wahlberechtigten bekommen. In der Parteienforschung zählt jedoch in der Regel die tatsächliche Teilnahme am Parteienwettbewerb.

Versucht man aus den verschiedenen Parteidefinitionen eine die unabdingbaren Charakteristika enthaltende ‚Minimaldefinition‘⁴ herauszudestillieren, dann bieten sich zwei Merkmale an: Das erste Merkmal ist Organisiertheit. Im Gegensatz zu manchen früheren ‚Honoratiorengruppen‘ zeichnen sich moderne Parteien durch eine zumindest rudimentäre Organisationsstruktur aus, sodass das Merkmal der Organisiertheit, das auch zur Abgrenzung gegenüber sozialen Bewegungen dient, als Definitionsmerkmal sinnvoll erscheint. Das auf den ersten Blick so einleuchtende Merkmal des Machterwerbswillens muss jedoch in Zweifel gezogen werden, wenn man sich verdeutlicht, dass die Mehrheit der an Wahlen teilnehmenden Organisationen in vielen Staaten keinerlei Chancen auf parlamentarische Repräsentation – geschweige denn Regierungsbeteiligung – hat. Will man diesen Organisationen nicht die Verfolgung eines realiter vollkommen unrealistischen Zieles unterstellen und sie dennoch nicht vom Parteibegriff ausschließen, so muss man zulassen, dass die bloße Teilnahme an Wahlen auch eine sinnvolle Zielsetzung darstellen kann, z.B. um dadurch nach außen ein Zeichen zu setzen. Auch an der Einbeziehung von gemeinsamen inhaltlichen Zielvorstellungen in die Minimaldefinition tauchen erhebliche Zweifel auf, wenn man sich die Entstehungsgeschichte von Silvio Berlusconi PdL in Italien oder einige der ostmitteleuropäischen Parteien ansieht, die allein dem Machterwerb ihrer Führung dienen. Wir beziehen die inhaltliche Komponente daher in unsere Minimaldefinition nicht ein und definieren Parteien als Organisationen, die an Parlamentswahlen teilnehmen.

2 Die Entstehung und der ‚Lebenszyklus‘ von Parteien

Zur Erklärung der Entstehung politischer Parteien im historischen Kontext gibt es eine Reihe theoretischer Ansätze, die von Lapalombara/Weiner (1966: 7 f.) in drei Typen eingeteilt werden:

4 Vgl. im Gegensatz dazu den Ansatz einer möglichst differenzierten Begriffsbestimmung bei Wiesendahl 1980.

- “institutional theories focusing on the interrelationship between early parliaments and the emergence of parties;
- historical-situation theories that focus on the historical crises or tasks which systems have encountered at the moment in time when parties developed;
- and, finally, developmental theories that relate parties to the broader processes of modernization.”

Der mit großem Abstand einflussreichste Ansatz ist die Cleavage-Theorie von Lipset und Rokkan (1967), nach der die Parteien in Westeuropa „the institutionalization of cleavages“ (Lipset 2001: 3) sind und Mitte des Neunzehnten Jahrhunderts durch die Politisierung von vier zentralen gesellschaftlichen Konfliktlinien entstanden, die sich im Gefolge der Nationalstaatsbildung und industriellen Revolution herausbildeten: (1) dem Klassenkonflikt zwischen Kapitaleignern und abhängig Beschäftigten, (2) dem Stadt-Land-Konflikt zwischen dem städtischen Bürgertum in Industrie, Handel und Gewerbe und den durch den Landadel vertretenen Agrarinteressen, (3) dem Kirche-Staat-Konflikt zwischen dem Machtanspruch des neuen Nationalstaats und den historisch gewachsenen Vorrechten der katholischen Kirche und (4) dem Zentrum-Peripherie-Konflikt zwischen den zentralstaatlichen Eliten und den Vertretern ethnischer, sprachlicher oder religiöser Minderheiten.⁵ Die Politisierung dieser Konfliktlinien bedeutet dabei die Herausbildung von Koalitionen zwischen sozialen Gruppen und Parteieliten (Stinchcombe 1975), die geschlossen werden, „wenn eine Gruppe zum ersten Mal politisch mobilisiert wird“ (Pappi 1977: 195).

Losgelöst von der historischen Genese von Parteien als politische Institutionen entstehen neue Parteien auf drei Arten: durch Neugründung, wie z.B. die Piratenpartei Deutschland, durch Abspaltung von einer bestehenden Partei, wie z.B. die WASG als Westabspaltung von der SPD, und durch den Zusammenschluss von Parteien, wie z.B. DIE LINKE durch den Zusammenschluss von PDS und WASG.

Die Entwicklung einer Partei über die Zeit hinweg kann als eine Art ‚Lebenszyklus‘ von ihrer ‚Geburt‘, d.h. ihrer Gründung, bis zu ihrem ‚Tod‘, d.h. ihrer Auflösung oder Verschmelzung mit einer anderen Partei, angesehen werden.⁶ Im Laufe ihres Lebens kann die Partei unterschiedlich erfolgreich sein, wobei ‚Erfolg‘ durch das sukzessive Erreichen von mehreren Karrierestufen gemessen werden kann, die qualitative Veränderungen der Rolle einer Partei im Parteiensystem markieren. Natürlich muss es mit der Partei nicht nur aufwärts gehen: Es kann auch Misserfolge geben, d.h. das Zurückfallen auf eine niedrigere Karrierestufe.

Diese Sichtweise ist in der Parteienforschung nicht neu. Eines der bekanntesten frühen „lifespan“-Modelle ist das von Pedersen (1982: 6 f.), der vier Karrierestufen unterscheidet: „declaration“ (die politische Gruppe entscheidet sich zur Wahlteilnahme), „authorization“ (die Partei wird zu einer Wahl zugelassen), „representation“ (die Partei ist parlamen-

5 Vgl. hierzu auch das Kapitel des Verfassers zur Analyse von Parteiensystemen in diesem Band.

6 Zum Folgenden vgl. Niedermayer 2013.

tarisch repräsentiert) und „relevance“ (die Partei verfügt über „coalition potential“ oder „blackmail potential“). Bei der Bestimmung der vierten Stufe knüpft er an Sartoris (1976: 122 f.) Kriterium für die Relevanz von Parteien an, nach dem eine parlamentarisch repräsentierte Partei dann als irrelevant angesehen werden kann, wenn sie kein Koalitionspotenzial hat, d.h. wenn „it is never needed or put to use for any feasible coalition majority“. Unabhängig von ihrem Koalitionspotential muss eine Partei jedoch immer dann als relevant angesehen werden, wenn sie Erpressungspotenzial hat, indem „its existence, or appearance, affects the tactics of party competition“. In Anlehnung an Pedersen und Lipset/Rokkan (1967) entwickelt Müller-Rommel (1993: 34) für seine Analyse der Grünen in Westeuropa ein Modell, das von drei Hürden ausgeht, die überwunden werden müssen: die Legalitätshürde (Erfüllung der rechtlichen Voraussetzungen für die Nominierung von Kandidaten für lokale und regionale Wahlen), die Mobilisierungshürde (Aufbau einer nationalen Organisation und Nominierung von Kandidaten für nationale Parlamentswahlen) und die Repräsentationshürde (Vertretung im nationalen Parlament).

Zu diesen Modellen lassen sich einige kritische Anmerkungen machen: Erstens umfasst unsere Minimaldefinition von Partei neben dem Kriterium der Organisiertheit auch das Kriterium der tatsächlichen Wahlteilnahme und nicht der bloßen Absicht, an einer Parlamentswahl teilzunehmen. Zweitens kann eine Partei durchaus Erpressungspotenzial besitzen, ohne parlamentarisch repräsentiert zu sein. Drittens treten bei der Bestimmung der parlamentarischen Relevanz einer Partei nach ihrer Bedeutung für „feasible“ – also politisch machbare – Koalitionen des Öfteren Operationalisierungsprobleme auf, da nicht immer klar zu bestimmen ist, ab wann eine neue Partei von den anderen Parteien als prinzipiell koalitionsfähig angesehen wird. Als problemlos operationalisierbare Alternative bietet sich an, eine parlamentarisch vertretene Partei dann als relevant anzusehen, wenn mit ihr eine minimale Gewinnkoalition gebildet werden kann. Darunter wird im Rahmen der Koalitionstheorien eine Koalition verstanden, die zum einen über eine Regierungsmehrheit verfügt (im Gegensatz zu einer Minderheitskoalition) und zum anderen eine minimale Größe in dem Sinne besitzt, dass jede Koalitionspartei zum Erreichen der Mehrheit benötigt wird (im Gegensatz zu einer übergroßen Koalition). Viertens hat eine Partei mit dem Status als relevante Parlamentspartei noch nicht die höchsten Stufen der Karriereleiter erreicht. Dies ist erst mit einer Regierungsbeteiligung bzw. mit dem Stellen des Regierungschefs der Fall. Berücksichtigt man diese Kritik, dann lassen sich sechs Karrierestufen unterscheiden, die eine Partei im Laufe ihres Lebenszyklus erreichen kann:

- Wahlteilnahme (Teilnahme an einer Parlamentswahl auf einer der verschiedenen politischen Ebenen).
- Wettbewerbsbeeinflussung (die Existenz oder Aktivitäten der Partei führen zu Reaktionen anderer Parteien im Parteienwettbewerb). Die neue Partei erhält damit parteistrategische Relevanz für ihre Konkurrentinnen.
- Parlamentarische Repräsentation (Einzug in ein Parlament, d.h. in Deutschland in einen Landtag, in den Bundestag oder in das Europäische Parlament). Dies ist der

Indikator für elektorale Relevanz, d.h. für die Unterstützung durch einen relevanten Teil der Wählerschaft.

- Koalitionsstrategische Inklusion (mit der Partei können rein rechnerisch minimale Gewinnkoalitionen gebildet werden). Damit erhält die Partei gouvernementale Relevanz, d.h. sie wird in Überlegungen zur Regierungsbildung einbezogen.
- Regierungsbeteiligung (die Partei wird als Juniorpartner an einer Koalitionsregierung beteiligt).
- Regierungsübernahme (die Partei stellt die Regierungschefin/den Regierungschef, und hat damit die höchste Stufe ihrer Karriere erreicht).

Welche Karrierestufen eine Partei erreichen kann, hängt von einer Vielzahl von Faktoren auf der Angebots- und Nachfrageseite des Parteienwettbewerbs sowie den Rahmenbedingungen ab, denen der Parteienwettbewerb unterworfen ist.⁷

3 Ein Raster zur Analyse von einzelnen Parteien

Die folgenden Bemerkungen haben weder das Ziel, eine allgemeine Theorie politischer Parteien zu entwickeln, noch die schon lange Zeit nicht mehr geführte Diskussion darüber neu zu entfachen, ob eine allgemeine Parteientheorie möglich, wünschenswert oder gar nicht notwendig sei (vgl. z.B. von Beyme 1983 und Greven 1993). Es geht auch nicht darum, die einzelnen Analyseaspekte und die dazugehörige Literatur ausführlich zu diskutieren, was angesichts der „Atomisierung des Forschungsgegenstandes“ und der kaum noch übersehbaren „Flut von Spezialstudien“ (Stöss/Niedermayer 1993: 9 f.) auch gar nicht möglich wäre. In den nächsten beiden Abschnitten wird daher bewusst auf die – der Gefahr der subjektiven Färbung unterliegende – Auswahl einiger weniger Literaturquellen verzichtet. Eine detaillierte (Literatur-)Analyse bleibt den folgenden Kapiteln des Handbuchs überlassen, die zum einen einzelne Parteien umfassend betrachten und zum anderen bestimmte Analyseaspekte parteiübergreifend in den Blick nehmen und auf die bei den einzelnen Aspekten jeweils verwiesen wird. Hier soll nur ein Raster vorgestellt werden, das zur Strukturierung einer möglichst umfassenden Analyse von Parteien dient.

Zunächst lassen sich zwei große Analysebereiche trennen: die Binnenanalyse und die Partei-Umwelt-Analyse. Bei der Binnenanalyse von Parteien stehen die innerparteilichen Strukturen, Prozesse und Inhalte im Mittelpunkt, bei der Partei-Umwelt-Analyse die Beziehungsstrukturen mit den verschiedenen Segmenten der Umwelt der Parteien, wobei der jeweils andere Bereich wechselseitig als Determinante in die Analyse einfließt, da das Binnenleben von Parteien durch ihre Umwelt beeinflusst wird und diese wiederum beeinflusst.

⁷ Lucardie (2000: 175 ff.) engt diese Vielfalt ein, indem er drei Faktoren als zentral ansieht: das politische Projekt der Partei, ihre Ressourcen und die politische Opportunitätsstruktur.

Die Abgrenzung der Parteien von ihrer Umwelt und die verschiedenen Umweltsegmente verdeutlicht Abbildung 1. In der Abbildung werden drei Komponenten des politischen Systems unterschieden:

- das Regierungssystem mit seinen zur Politikformulierung, Politikimplementierung und Politikkontrolle legitimierten Organen sowie den durch Verfassung und Gesetze festgelegten Regelwerken;
- das intermediäre System aus Parteien, Verbänden, sozialen Bewegungen und Medien, die Vermittlungsleistungen zwischen der Bevölkerung und den individuellen bzw. kollektiven Akteuren des Regierungssystems erbringen;
- die politische Bürgerschaft, d.h. die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Rolle als politisch denkende und handelnde Subjekte.

Parteien sind mit ihren drei Organisationsbereichen oder „Gesichtern“⁸ – der Partei in öffentlichen Ämtern, der Parteileitung und der Parteibasis – in allen Komponenten vertreten. Die Partei in öffentlichen Ämtern umfasst die üblicherweise in einer Fraktion⁹ organisierten Mandatsträger in den Parlamenten sowie die Inhaber von Regierungsämtern. Damit sind die Parteien Teil des Regierungssystems. Die aus der gewählten Parteiführung und dem Parteiapparat aus bezahlten Mitarbeitern bestehende Parteileitung repräsentiert die Partei als Teil des intermediären Systems und durch ihre Parteibasis mit den territorialen und funktionalen Organisationseinheiten ist die Partei in der politischen Bürgerschaft verankert.

8 In der amerikanischen Parteienforschung wird mit Sorauf (1975) die „party organization“, die „party in government“ und die „party in the electorate“ unterschieden. Katz/Mair (1993) übertrugen diese Dreiteilung auf die europäischen Verhältnisse und unterscheiden „three faces of party organization“: die „party in public office“, das „party central office“ und die „party on the ground“. Der Vorschlag, zusätzlich einen vierten Bereich – die mittlere Führungsschicht – zu unterscheiden (vgl. z.B. Reif/Schmitt/Niedermayer 1980), hat sich nicht durchgesetzt.

9 Aus politikwissenschaftlicher Sicht sind Fraktionen „Parteien im Parlament“ (Kretschmer 1992), rechtlich sind sie als Teil eines Verfassungsorgans von den anderen beiden Bereichen, also der außerparlamentarischen Parteiorganisation, zu trennen.

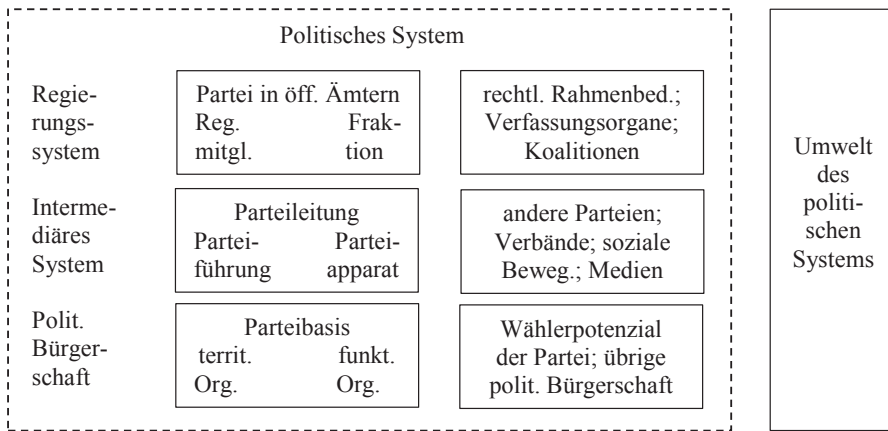


Abbildung 1 Parteien und ihre Umwelt

In allen Komponenten des politischen Systems sehen sich die Parteien relevanten Umweltsegmenten gegenüber: Im Regierungssystem den Verfassungsorganen und den (verfassungs-)rechtlichen Rahmenbedingungen, im intermediären System den anderen Parteien, Verbänden, sozialen Bewegungen und Medien und in der politischen Bürgerschaft dem eigenen Wählerpotenzial und der übrigen Bürgerschaft. Zudem bestehen Wechselwirkungen mit einer Fülle von sozialen, ökonomischen, kulturellen, ökologischen und technologischen Entwicklungen außerhalb des politischen Systems.

Sowohl die Binnenanalyse als auch die Partei-Umwelt-Analyse kann mit unterschiedlichen zeitlichen und territorialen Bezügen erfolgen. Vom Zeitbezug her lassen sich statische, auf einen bestimmten Zeitpunkt bezogene Analysen von Längsschnittstudien trennen, die die Entwicklung der Parteien in unterschiedlichen Zeiträumen umfassen können. Im Handbuch wird dem Longitudinalaspekt in zweifacher Hinsicht Rechnung getragen: Die Einzelparteienanalysen¹⁰ gehen auf die Entstehung und historische Entwicklung der jeweils analysierten Partei ein, und auf der Parteiensystemebene werden neben der Entwicklung der Parteiensysteme der Bundesrepublik Deutschland und der DDR auch die Genese des deutschen Parteiensystems und seine Entwicklung im Kaiserreich und in der Weimarer Republik analysiert.¹¹ Unterschiedliche territoriale Bezüge

10 Vgl. die Kapitel von Udo Zolleis und Josef Schmid zur CDU, Ulrich von Alemann und Tim Spier zur SPD, Michael Weigl zur CSU, Hans Vorländer zur FDP, Lothar Probst zu Bündnis 90/Die Grünen, Armin Pfahl-Traughber zur Linkspartei, Richard Stöss zu den Parteien am rechten Rand, Oskar Niedermayer zur Piratenpartei Deutschland, Oskar Niedermayer zur AFB, den FREIEN WÄHLERN und dem SSW sowie Uwe Kranenpohl und Oskar Niedermayer zu den Kleinstparteien.

11 Vgl. die Kapitel von Eckhard Jesse zum Parteiensystem des Kaiserreichs und der Weimarer Republik sowie zum Parteiensystem der DDR und das Kapitel von Oskar Niedermayer zum Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland.

Handbuch Parteienforschung

Niedermayer, O. (Hrsg.)

2013, X, 916 S. 45 Abb., Hardcover

ISBN: 978-3-531-17698-7